

Niederschrift über die öffentliche Gemeinderatssitzung
vom 14. Februar 2017

Sitzungsdauer:	18:00 Uhr – 19:13 Uhr
Sitzungsort:	Bürgersaal des Rathauses
Gesamtzahl des Gemeinderates:	25
Anwesend waren:	23
Entschuldigt:	2

Tagesordnungspunkte

- 10. Bürgerfrageviertelstunde**
- 11. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**
- 12. Beauftragung des Preisträgers im Architektenwettbewerb „Rathaus im Bischofsschloss“**
- 13. Überplanung der Verkehrsführungen im Kreuzungsbereich Gutenbergstraße am Bahnübergang**
- 14. Bebauungsplan „Am Stadtgraben“**
- 15. Antrag der Gemeinde Salem auf anteiligen Ausgleich der Kosten für den Besuch der Gemeinschaftsschule Salem von Schülern aus Markdorf**
- 16. Bekanntmachungen, Wünsche und Anträge**

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Bürgermeister Riedmann bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 6 (Bebauungsplan „Am Stadtgraben“ - Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre für das Grundstück, Flst.Nr. 145) und der Tagesordnungspunkt 7 (Bauantrag außerhalb eines Bebauungsplanes) heute nicht zur Diskussion stehen und deshalb von der Tagesordnung genommen werden. Der Antragsteller habe den Bauantrag zurückgenommen. Aus diesem Grund werde heute auch kein Erlass einer Veränderungssperre behandelt.

Die Mitglieder des Gemeinderates nehmen Kenntnis.

10. Bürgerfrageviertelstunde

Aus den Reihen der Zuhörer werden keine Anfragen an den Vorsitzenden gerichtet.

11. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 24. Januar 2017 gibt Herr Bürgermeister Riedmann folgende Beschlüsse bekannt:

Personalangelegenheiten

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Einstellung einer Mitarbeiterin zur Schulsozialarbeiterin an der Grundschule Leimbach im Umfang von 30 v.H. in S 11 b TVöD vorzunehmen.

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Einstellung einer Mitarbeiterin zur Sachbearbeiterin für die Stelle Hochbau im Stadtbauamt in Entgeltgruppe 10 TVöD vorzunehmen.

Niederschlagung einer Forderung

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung im Gesamtbetrag von 7.860,00 Euro vorzunehmen.

12. Beauftragung des Preisträgers im Architektenwettbewerb „Rathaus im Bischofsschloss“

a) Kenntnisnahme der am 3. Februar präsentierten Wettbewerbsergebnisse

Herr Bürgermeister Riedmann führt aus, der heutige Tagesordnungspunkt stelle im Gegensatz zu den bevorstehenden Verfahrensschritten einen kleinen, aber folgerichtigen Schritt dar. Aus diesem heutigen Verfahrensschritt folge die Entwicklung der Entwurfsplanung. Die dann vorliegende Entwurfsplanung werde gemeinsam mit dem Gemeinderat weiter ausgearbeitet. Es sei allen Beteiligten wichtig den Rahmen des Projektes zu definieren und zu prüfen, ob man noch im Bereich der von der LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH Stuttgart (KE) im Jahr 2015 ausgearbeiteten Machbarkeitsstudie liege.

Frau Stadträtin Koners-Kannegießer nimmt ab 18:05 Uhr an der Gemeinderatssitzung teil.

Mit dem Architekturbüro Braunger und Wörtz Architekten GmbH aus Ulm müssen gemeinsam aus der Entwurfsvorlage die Kosten prognostiziert werden. Nach Ermittlung des Kostenvoranschlages werde man sehen, ob der eingeschlagene Weg vernünftig ist. Herr Bürgermeister Riedmann betont, die an das Bischofsschloss angegliederte Tiefgarage sei in einem ähnlichen Zustand wie das Parkhaus Poststraße. Die Tiefgarage Bischofsschloss sei schon während des Hotelbetriebes im Eigentum der Stadt gewesen. Die Sanierung der Tiefgarage liege deshalb seit langem im Aufgabengebiet der Stadt. Die anfallenden Kosten einer Tiefgaragensanierung seien getrennt zum Projekt „Rathaus im Bischofsschloss“ zu betrachten. Der Vorsitzende betont in besonderer Weise, dass die von der KE 2015 präsentierte Kostenprognose dem Baukostenindex von 2015 entsprochen habe. Die Kosten welche die Verwaltung künftig präsentiere, würden immer dem aktuellen Kostenindex entsprechen. Die Kosten könnten jeweils nur nach dem jetzigen Indexstand ermittelt und mitgeteilt werden. Diese Tatsache müsse offen und ehrlich transportiert werden. Danach erklärt Herr Bürgermeister Riedmann nach welcher Vorgehensweise die Jury des Preisgerichtes die Entwürfe präsentiert habe.

Frau Stadträtin Gratwohl nimmt ab 18:08 Uhr an der Sitzung des Gemeinderates teil.

Im Rahmen der Weiterbearbeitung behebbare Mängel seien bei sämtlichen Entwürfen nicht als negativ bewertet worden. Das Wettbewerbsergebnis (1. Preis) sei gestern allen Mitarbeitern des Rathauses vorgestellt worden. Der Auftrag sei nun an alle Abteilungen ergangen, zu prüfen, ob Änderungen in der Raumplanung notwendig würden. Erforderliche Anpassungen sollten aus Sicht

des Vorsitzenden ohne Probleme umsetzbar sein. Nach Vorstellung der Entwurfsplanung könne der Gemeinderat dann wieder politisch bewerten, was das Projekt tatsächlich wert sei. Nachdem die Wettbewerbsergebnisse vom 3. bis 5. Februar bereits der Öffentlichkeit vorgestellt und in der Mensa der Jakob-Gretser-Grundschule ausgestellt wurden, sollen heute die Pläne im Einzelnen nicht noch einmal präsentiert werden. Die Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse sei von der Öffentlichkeit rege genutzt worden. Das Betreuungsteam der Ausstellung habe von überwiegend positiven Rückmeldungen berichtet. Der Gemeinderat werde heute um Kenntnisnahme des Ergebnisses aus dem Preisgericht und um Beschlussfassung zur Beauftragung der Verwaltung, in Vertragsverhandlungen mit dem Architekturbüro zu gehen, gebeten. Beide dritten Plätze hätten kein Verhandlungsverfahren gewünscht. Dadurch würden keine Bietergespräche erforderlich. Wenn der Gemeinderat dem Beschlussvorschlag zustimme, ergebe sich die Beauftragung der Leistungsphasen eins bis fünf automatisch.

b) Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Riedmann bittet den Gemeinderat um Beratung.

Frau Stadträtin Sträble verliest die Stellungnahme der CDU im Wortlaut: „Wir werden dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Denn wir freuen uns sehr darüber, dass es mit dem prämierten Entwurf gelungen ist, das stadtbildprägende Ensemble in weiten Teilen zu erhalten und gleichzeitig eine funktionierende Stadtverwaltung zu etablieren. Das Büro Braunger Wörtz Architekten hat mit einer klaren und geradlinigen Architektursprache den ersten Preis erzielt. Im Preisgericht waren Frau Koners-Kannegießer, Frau Mock und ich vertreten. Uns war von Beginn an wichtig, den Schosshof so zu erhalten, wie er sich bisher dargestellt hat. Ebenso sollte der Charakter der Schlossscheuer erkennbar bleiben, sich die Scheuer dem Schlossturm und dem Neuen Schloss unterordnen. Die neue Nutzung kann ohne massive Eingriffe, insbesondere im Neuen Schloss, umgesetzt werden. Ein barrierefreier Zugang, insbesondere zum neu zu gestaltenden Bürgerservice im Erdgeschoss der Schlossscheuer, lässt sich verwirklichen. Die Lage des Bürgersaals bewerten wir positiv, obwohl wir uns auch diesen im Erdgeschoss hätten vorstellen können. Der Vorschlag, den südlichen Schosshang mit Rebstöcken anzupflanzen, ist interessant. Die Bedeutung des Weinbaus, insbesondere in den letzten Jahrhunderten, wurde damit aufgegriffen. Überraschend für uns waren die Meinungen dazu bei der öffentlichen Vorstellung in der Grundschule. Bürgerinnen und Bürger, die sich mit den Blumenbeeten identifizieren, auf der einen Seite. Andererseits diejenigen, die einer Neugestaltung mit Rebstöcken äußerst positiv gegenüberstehen. Das werden wir im Detail noch diskutieren müssen. Uns ist klar, dass dies ein Vorentwurf ist und das eine oder andere Detail noch genauer unter die Lupe genommen werden soll-

te. So etwa die Gestaltung im Innenhof mit Sitzgelegenheiten und Brunnen, die Faserzement-schindeln im Dachbereich, die Anordnung und Größe der Fenster und eine öffentliche Nutzung des Erdgeschosses im Schlossturm. Wir sind sehr zuversichtlich und überzeugt, dass uns dieses Projekt gelingen wird.“ Herr Stadtrat Holstein führt aus, wörtlich: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Riedmann, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen, dass ich dem Projekt Rathaus im Bischofsschloss kritisch gegenüberstehe, habe ich nie verheimlicht. Doch konstruktive Kritik muss erlaubt sein. Die Vorstellung der Architektenentwürfe an nur drei Tagen, wobei zumindest am Sonntag keine fachlich versierte Begleitung vor Ort war, ist suboptimal. Zumindest den Siegerentwurf online zu stellen und im Erdgeschoss des Rathauses auszustellen wäre für eine echte Bürgerbeteiligung notwendig. Um die vielen Zweifler unter den Markdorfern mit fundierten Argumenten und Informationen zu überzeugen. Die Vorbehalte sind berechtigt: Moderne Büroräume mit zukunftsfähiger Infrastruktur für Internet, Telefonie, Raumklimatisierung usw. in denkmalgeschützten Gebäuden unterzubringen ist unverhältnismäßig teuer oder gar nicht möglich. Der Siegerentwurf zeigt deutliche Schwächen: Der Bürgersaal sollte ebenerdig sein und Zugang zum Innenhof besitzen. Ein Archiv im Weinkeller des Bischofsschloss wird den wunderschönen Räumlichkeiten nicht gerecht. Die Räume im Dach der Schlossscheuer sollten durch Dachöffnungen Licht und Aussicht bekommen. Die barrierefreie Erschließung mithilfe von drei Aufzügen ist umständlich und teuer. Deshalb bitte ich heute nur den Auftrag bis zur Entwurfsplanung, Leistungsphase drei, zu vergeben bzw. zu beauftragen. Problematische Baudetails wie keinen Dachvorsprung, verdeckt, inliegende Dachrinnen, pflegeintensive Eichenholzfenster. Dies sind nur einige besonders offensichtliche Punkte. Aus diesen wenigen Punkten wird schon sichtbar, wie unvorhersehbar die Kosten für dieses Projekt sind. Bevor hier vollendete Tatsachen geschaffen werden, muss dringend vorher die Planung so umfassend wie möglich gemacht werden. Die Kostenabschätzung darf nicht optimistisch sein. Mit Schönrechnen ist keinem geholfen. Deshalb bitte ich heute um eine Verschiebung der Abstimmung um mindestens vier Wochen.“ Herr Stadtrat Achilles führt aus, zum Inhalt des Wettbewerbs möchte er heute keine Ausführungen machen. Es gehe heute um den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Eine Kostensteigerung über die Jahre sei nachvollziehbar. Dass die Kosten zur Sanierung der Tiefgarage Bischofsschloss aus der Projektplanung herausgerechnet werden müssen, sei ebenfalls klar. In der Auslobung des Architektenwettbewerbs seien die Leistungsphasen eins bis fünf aufgeführt und deshalb die Stadt an diese Verfahrensschritte gebunden. Für die Zukunft müsste überlegt werden, ob bei künftigen Architektenwettbewerben die Leistungsphase fünf (Ausführungsplanung) überhaupt gleich in die Auslobung mit aufgenommen wird. Die Entwurfsplanung werde den Kostenbereich aufzeigen und das weitere Vorgehen des Projektes darlegen. Die SPD sei, wie auch weitere Ratskollegen, gegen den Beschluss des Projektes „Rathaus im Bischofsschloss“ gewesen. Die Entscheidung werde aber mitgetragen. Nach der Leistungsphase eins und drei erwarte er die Thematik an den Ratstisch zurück. Ebenso erwar-

te er, dass Verträge vor Abschluss dem Gemeinderat vorgelegt würden. Das „Herz“ der SPD hänge nicht an diesem Projekt. Für die SPD habe das Thema Bildung Priorität. Aus seiner Sicht könne der Beschluss mitgetragen werden. Sollte die Kostenberechnung deutlich von der Kostenprognose der KE abweichen, möchte er heute deutlich betonen, dass möglicherweise von der SPD gegen ein weiteres Vorgehen gestimmt werde. Vor der heutigen Beschlussfassung würde ihn interessieren, was die Verwaltung unter einem angemessenen Verhandlungsergebnis versteht. Herr Bürgermeister Riedmann definiert den Begriff des angemessenen Verhandlungsergebnisses. Ein erstes Zwischenergebnis mit dem Architekturbüro könnte möglicherweise schon im März dem Gemeinderat vorgestellt werden. Er könne dem Gemeinderat die Zusage geben, dass Zwischenergebnisse dem Gemeinderat präsentiert werden und dieser dadurch immer auf dem aktuellen Informationsstand gehalten werde. Herr Stadtrat Achilles gibt zu bedenken, dass dann ein anderer Beschluss gefasst werden müsste. Nämlich, dass der Vertrag vor Unterzeichnung dem Gemeinderat vorgestellt werde. Herr Bürgermeister Riedmann bestätigt dies. Herr Stadtrat Achilles führt weiter aus, ebenso müssten die Kosten dem Gemeinderat vorgestellt werden. Herr Bürgermeister Riedmann bestätigt dies ebenfalls. Die Kostenprognose sei die Grundlage für weitere Entscheidungen. Herr Stadtrat Achilles führt aus, nach der Leistungsphase drei sollte ebenfalls nochmal eine Vorstellung des Sachstandes im Gemeinderat erfolgen. Herr Bürgermeister Riedmann berichtet, die Abfolge bzw. Einhaltung der Leistungsphasen sei Wettbewerbsrecht und müssten draus resultierend auch umgesetzt werden. Es gebe nur drei Möglichkeiten: Mit einem der beiden 3. Platz-Preisträger in Nachverhandlung gehen, die Verhandlung mit dem ersten Preisträger zu führen oder das Projekt nicht mehr weiter zu verfolgen. Ergänzende Einladungen seien nicht möglich. Bei einem Vertrag müssten die Leistungsphasen eins bis fünf entsprechend der Auslosung auch durchgeführt werden. Sollte die Kostenberechnung zu hoch ausfallen, könnte nach der Leistungsphase drei ein Aufhebungsvertrag mit dem Architekturbüro geschlossen werden. Frau Stadträtin Deiters Wälischmiller trägt vor, heute müsste die Konsequenz aus dem Wettbewerbsverfahren vollzogen werden. Für eine Diskussionsrunde sei es noch zu früh. Die Umweltgruppe stehe weiterhin zum Projekt. Sie sei froh über das klare Ergebnis des Preisgerichtes. Frau Stadträtin Oßwald ergänzt, die Öffentlichkeit sei über das Projekt gut informiert worden. Es brauche für die heutige Beschlussfassung keine weitere Zeit mehr. Sie betont, es habe sich um einen anonymisierten Wettbewerb gehandelt. Sie habe im Preisgericht gespürt, dass der Rittersaal vielen am Herzen liege. Die Architekten des Preisgerichts hätten dies nicht nachvollziehen können. Die Aufgabe sei es, in einem nächsten Schritt über den Entwurf weiter zu diskutieren. Herr Stadtrat Bitzenhofer führt aus, der erste Preis sei in der baulichen Gestaltung ähnlich wie das bisherige Gebäudeensemble. Deshalb hätte dieser Entwurf bei vielen Zustimmung gefunden. Einige hätten sich jedoch auch etwas Moderneres gewünscht. Für Details sei es heute noch zu früh. Das weitere Vorgehen sollte positiv begleitet und nicht negativ in die Planungsphase gegangen werden. Die Leistungs-

phasen entsprechen dem Wettbewerbsrecht. Ein Ausstieg nach der dritten Leistungsphase wäre möglich. Herr Stadtrat Bitzenhofer zeigt sich gegenüber einer Ergebnispräsentation zuversichtlich. Der Vorsitzende erklärt, nach seinem Plan würde er gerne einmal das Architekturbüro gemeinsam mit dem Gemeinderat für eine Art Workshop, beispielsweise an einem Samstagvormittag, einladen. Um die Bedürfnisse aller Seiten zu erfassen sei es erforderlich, sich gegenseitig kennenzulernen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus den Reihen des Gemeinderates mehr vor.

Herr Bürgermeister Riedmann erklärt, nachdem keine Bietergespräche notwendig werden, wird der Gemeinderat um anerkennende Kenntnisnahme der Ergebnisse aus dem Preisgericht gebeten.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob die folgenden Beschlüsse gesamthaft abgestimmt werden können. Der Gemeinderat zeigt Zustimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 22 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme (Herr Stadtrat Holstein) und keiner Enthaltung,

- a) die Verwaltung wird beauftragt mit dem 1. Preisträger, dem Büro Braunger und Wörtz Architekten aus Ulm, für den Abschluss eines Architektenvertrages in Honorarverhandlungen zu treten und vor Unterzeichnung eines Vertrages das Ergebnis der Honorarverhandlungen dem Gemeinderat vorzulegen.
- b) vor Beauftragung eines nächsten Planungsschritts die Zustimmung des Gemeinderates unter Vorlage der Kostenplanung einzuholen.

13. Überplanung der Verkehrsführungen im Kreuzungsbereich Gutenbergstraße am Bahnübergang

- a) Präsentation der Untersuchungs- und Planungsergebnisse

Herr Bürgermeister Riedmann berichtet, der Referent der Brenner-Bernhard-Ingenieure aus Aalen sei heute leider verhindert. Die Untersuchungs- und Planungsergebnisse hätten in der heutigen Gemeinderatssitzung präsentiert werden sollen. Da es sich heute lediglich um einen Zwischenschritt in der Überplanung der Verkehrsführungen im Kreuzungsbereich Gutenbergstraße und Bahnübergang handle, habe man sich entschieden, den Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu belassen. Der Vorsitzende und Herr Schlegel werden Informationen zum Sachverhalt geben.

Herr Bürgermeister Riedmann erklärt, die alte Ampelanlage im Straßenkreuzungsbereich Gutenbergstraße und Bahnübergang falle immer wieder aus. Es handle sich um eine sehr unbefriedigende Situation, welche die Verwaltung beseitigen wolle. Bei der Bahnübergangssteuerungsanlage handle es sich um eine der ältesten in Baden-Württemberg. Der Vorsitzende erklärt die vorhandene Anlage. Die Kombination aus Bahnschranke und Ampelanlage mache die Situation kompliziert. Es hätten bereits Gespräche mit Vertretern der Deutschen Bahn stattgefunden. Ein Planfeststellungsverfahren bei der Deutschen Bahn könnte eine Zeitdauer von sieben Jahren erfordern. Den Druck aus der Bevölkerung würde er jedoch nicht für sieben Jahre aushalten wollen. Herr Bürgermeister Riedmann nennt weitere Details aus dem Gespräch mit Vertretern der Deutschen Bahn. Laut Bahn wäre es weniger kompliziert, wenn in diesem Bereich nur noch die Bahnschranke wäre. Wenn die Ampel abgeschafft werden soll, müsse aber stets gewährleistet sein, dass die Fahrzeuge, welche den Bahnübergang queren, vorfahrtsberechtigt sind. Beim Eintreffen eines Zuges wäre dadurch sichergestellt, dass der Bahnübergang frei ist. Eine mögliche Lösung könnte eine abknickende Vorfahrtsstraße von der Gutenbergstraße nach links in die Ensisheimer Straße sein. Mit dieser Regelung könnte sich die Deutsche Bahn eine Zustimmung zum Ampelabbau vorstellen. Eine abknickende Vorfahrtstraße böte noch weitere Vorteile. Der Fahrradschutzstreifen, welcher bisher im Kreuzungsbereich eine Scheinvorfahrt andeute, werde durch die neue Verkehrsführung sicherer. Als weiteren Vorteil sieht der Vorsitzende die Möglichkeit, dass das Linksabbiegen von der Heggelinstraße in die Bernhardstraße dann wieder möglich werden würde. Des Weiteren werde die Bernhardstraße gerne zur Umfahrung der B 33 genutzt. Durch die neue Vorfahrtsregelung würde diese Ausweichstrecke unattraktiver. Die Verwaltung sei aufgrund der genannten Gründe zu dem Entschluss gekommen, dass es sich lohne die Einrichtung einer abknickenden Vorfahrtsstraße näher zu überprüfen. Die Brenner-Bernhard-Ingenieure hätten sich den Sachverhalt angeschaut und festgestellt, dass diese Verkehrssteuerung möglich wäre. Für die Straßenverkehrsbehörde und die Deutsche Bahn sei jedoch die Untersuchung durch eine und der Nachweis einer mikroskopischen Verkehrsflusssimulation erforderlich. Deshalb bitte die Verwaltung heute den Gemeinderat einer Beauftragung der Brenner-Bernhard-Ingenieure mit der mikroskopischen Verkehrsflusssimulation zuzustimmen.

b) Beratung und Beschlussfassung

Frau Stadträtin Sträßle stellt fest, eine Verbesserung der Situation sei angebracht. Die Verkehrssituation unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass es sich um den Schulweg handle, stelle eine zusätzliche Herausforderung dar. Sie signalisiert Zustimmung der CDU. Auf Nachfrage von Herrn Stadtrat Bitzenhofer erläutert Herr Schlegel einen Ansichtsplan. Herr Schlegel erklärt, der Fußgängerüberweg werde vermutlich vom Kreuzungsbereich abgerückt. Herr Stadtrat Wild erkundigt sich explizit nach den Fußgängerquerungshilfen. Herr Schlegel führt aus, diese Details würde die Verkehrsflusssimulation dann aufzeigen. Herr Bürgermeister Riedmann stimmt der Aussage von Herrn Schlegel zu. Das Ingenieurbüro werde dann den Kreuzungsbereich aufzeichnen. Anhand dieser Planung könnten später weitere Details diskutiert werden. Frau Stadträtin Mock betont, der Umgang mit den Fußgängern sollte, da es sich um den Schulweg handle, sorgfältig geprüft werden. Nach der Durchführung der Untersuchung durch das Büro könne in die Details gegangen werden. Herr Bürgermeister Riedmann führt aus, dieses Anliegen werde dem Ingenieurbüro als Auftrag mitgegeben. Die Frage müsse geklärt werden: Wie garantieren wir die sichere Verkehrsquerung? Eine Doppelung an Fußgängerüberwegen könnte bei der Straßenverkehrsbehörde schwierig werden. Frau Deiters Wälischmiller regt an, der Arbeitskreis Radverkehr könnte direkten Kontakt mit dem Planungsbüro aufnehmen. Herr Bürgermeister Riedmann teilt mit, eine Kontaktaufnahme über die Verwaltung wäre möglich oder wenn das Planungsbüro im Rathaus sei. Eine direkte Kontaktaufnahme mit dem Planungsbüro sollte nicht erfolgen. Herr Stadtrat Dr. Hepting erinnert, er habe einmal Überlegungen für einen Kreisverkehr im Kreuzungsbereich angeregt. Herr Bürgermeister Riedmann erläutert, dies sei nicht vergessen worden. Das deutsche Verkehrsrecht für einen Kreisverkehr gebe wegen der dort geltenden Vorfahrtsregeln den Forderungen der Deutschen Bahn nicht statt. Herr Stadtrat Bitzenhofer trägt vor, die Lösung sehe vermeintlich einfach aus. Er hoffe dass es funktioniere. Herr Stadtrat Achilles teilt mit, je weniger Ampeln es gebe, umso größer sei in der Regel die Verkehrssicherheit. Die Untersuchung sollte durchgeführt werden. Herr Stadtrat Achilles gibt zu bedenken, dass die fußläufige Querung über die Bahngleise nicht vergessen werden soll. Herr Bürgermeister Riedmann berichtet, an diesem Thema werde man dran bleiben.

Nach dieser Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig,

- a) die Brenner-Bernhard-Ingenieure mit der mikroskopischen Verkehrsflusssimulation zu beauftragen,
- b) die Verwaltung nach Vorliegen der Ergebnisse zu beauftragen mit dem Ingenieurbüro für eine der vorgestellten Varianten in Honorarverhandlung zu treten und beim Erlangen eines angemessenen Verhandlungsergebnisses einen Vertragsabschluss herbeizuführen (vorzugsweise mit der einfacheren und günstigeren Variante, der geänderten Verkehrsführung).

14. Bebauungsplan „Am Stadtgraben“

- Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Stadtgraben“

Herr Bürgermeister Riedmann berichtet, durch diesen Tagesordnungspunkt soll der Planbereich deutlich gemacht sowie die Planungsziele und –absichten der Stadt Markdorf im Bereich „Am Stadtgraben“ erkenntlich werden. Die weiteren Informationen seien in der Beratungsunterlage dargelegt. Die Verwaltung empfehle heute keine Beschlussfassung, da die Dringlichkeit entfallen sei. Heute sei es wichtig, die Planungsabsichten zu dokumentieren und festzuhalten, dass gegebenenfalls später, wenn erforderlich, die Planung konkret werden könne.

Dieses Vorgehen stößt bei den Mitgliedern des Gemeinderates auf zustimmende Kenntnisnahme. Rückfragen an den Vorsitzenden werden nicht vorgetragen.

15. Antrag der Gemeinde Salem auf anteiligen Ausgleich der Kosten für den Besuch der Gemeinschaftsschule Salem von Schülern aus Markdorf

- Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Riedmann berichtet, in der Beratungsunterlage seien die Inhalte des Tagesordnungspunktes ersichtlich. Die Verwaltung empfehle heute zunächst, den Abschluss einer freiwilligen Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung an der Gemeinschaftsschule Salem abzulehnen. Die Gemeinde Salem werde diese Entscheidung vermutlich prüfen lassen. Dazu habe sie das Recht.

Herr Stadtrat Achilles führt aus, grundsätzlich teile er die Meinung der Verwaltung. Dennoch habe er eine Kritik vorzubringen. Bevor das Schreiben vom 30. Januar 2017 an Herrn Bürgermeister Härle von Herrn Bürgermeister Riedmann unterzeichnet worden sei, hätte die Beschlussfassung zum Sachverhalt durch den Gemeinderat erfolgen müssen. Der Vorsitzende erklärt, diese Kritik werde so in das Protokoll aufgenommen. Man habe lange gedacht, es handle sich in diesem Fall um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Die anderen Gemeinden hätten dieses Schreiben dann doch ihrem Gemeinderat vorgelegt. Diesen Weg habe die Verwaltung deshalb nun auch eingeschlagen.

Auf die Nachfrage von Herrn Stadtrat Dr. Hepting erklärt Herr Bürgermeister Riedmann den Ausgleich der Lastenverteilung in Bezug auf das Gymnasium. Frau Stadträtin Sträßle erklärt, der prozentuale Anteil der Schüler aus Markdorf an der Gemeinschaftsschule Salem betrage 4,25 Prozent. Ein Zeitraum auf die Dauer von fünf Jahren sei zur Betrachtung erforderlich. Da dies nicht der Fall sei, werde kein Bedarf zum Abschluss einer freiwilligen Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung an der Gemeinschaftsschule Salem gesehen. Herr Bürgermeister Riedmann berichtet, der Betrachtungszeitraum von fünf Jahren werde von der Kämmerei gleich betrachtet. Herr Stadtrat Dr. Hepting nennt das Beispiel der Realschule St. Elisabeth in Friedrichshafen. Frau Stadträtin Oßwald zeigt auf, in Markdorf könne jeder Schulabschluss abgelegt werden. Deshalb sei aus ihrer Sicht eine finanzielle Beteiligung an der Gemeinschaftsschule Salem nicht einzusehen.

Nach dieser Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Abschluss einer freiwilligen Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung an der Gemeinschaftsschule Salem abzulehnen.

16. Bekanntmachungen, Wünsche und Anträge

a) Genehmigung der Haushalts- und Wirtschaftspläne für das Haushaltsjahr 2017

Herr Bürgermeister Riedmann teilt mit, dass die Haushaltssatzung der Stadt, der Haushaltsplan der Emil- und Maria-Lanz-Stiftung, die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie die Wirtschaftspläne des Spitalfonds und des Altenpflegeheimes St. Franziskus für das Haushaltsjahr 2017 von der Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt worden seien.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

b) Terminhinweise

Herr Bürgermeister Riedmann berichtet, am Samstag, 25. März 2017, sei vormittags die Aktion „Saubere Stadt“ terminiert. Am Nachmittag sei die Behandlung zwei großer Themen zur Stadtentwicklung in der Stadthalle Markdorf geplant. Zum einen ginge es in der öffentlichen Diskussionsrunde um die Datenerhebung für ein Verkehrskonzept und zum anderen um die Variantenvorstellung zum Rathausareal. In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 7. März 2017 würden beide Themen den Mitgliedern des Gemeinderates vorgestellt. Sein Wunsch sei es, dass beide Tagesordnungspunkte unter Kenntnisnahme behandelt würden und in der Gemeinderatssitzung nicht schon eine Bewertung zu den Sachverhalten abgegeben werde. So könnte die freie Diskussion der Öffentlichkeit ohne Voreingenommenheit in der Stadthalle am 25. März gewährleistet werden. Nach der öffentlichen Beteiligungsrunde könnte dann die Diskussion im Gremium geführt werden.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

c) Container-Standort Planckstraße

Herr Bürgermeister Riedmann führt aus, Herr Stadtrat Schley habe schon einmal auf eine Verschmutzung im Bereich des Container-Standortes in der Planckstraße aufmerksam gemacht. Zudem sei am heutigen Tag ein Presseartikel im Südkurier zu diesem Sachverhalt erschienen. Der Bauhof sei dreimal in der Woche mit der Reinigung dieses Bereiches beauftragt. Zusätzlich würde die Segelfliegergruppe Markdorf das Gelände zweimal wöchentlich reinigen. Trotz dieser Reinigungsmaßnahmen sei der Bereich um die Container regelmäßig stark verschmutzt und in einem inakzeptablen Zustand. Der Verwaltung sei bewusst, dass die Altpapiersammlung wichtiger Bestandteil der Vereinsarbeit der Segelfliegergruppe sei. Der Verein würde die Sammlung des Altpapiers mit großem Engagement verfolgen. Der Container-Standort soll aus diesem Grund nur ungern geschlossen werden. Es ergehe deshalb heute noch einmal ein Appell an alle Privathaushalte und Gewerbetreibenden, den Container-Standort in der Planckstraße in einem sauberen Zustand zu halten. Sollte jemand eine größere Menge Kartonagen oder Altpapier entsorgen wollen, sei die Segelfliegergruppe auch bereit, diese vor Ort abzuholen. Die Verwaltung stehe in einem guten

Kontakt mit der Segelfliegergruppe. Sollte keine Verbesserung am Container-Standort eintreten, müsste dieser geschlossen werden. Die Verschmutzung könnte nicht auf Dauer toleriert werden.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

d) Bürgerfrageviertelstunde im Technischen Ausschuss

Herr Stadtrat Dr. Hepting führt aus, in der letzten Sitzung des Technischen Ausschusses hätte sich ein Bürger aus den Reihen der Zuhörerschaft zu Wort melden wollen. Herr Bürgermeister Riedmann habe damals die Frage zugelassen, aber zugleich mitgeteilt, dass in der Sitzung des Technischen Ausschusses eigentlich keine Bürgerfrageviertelstunde eingeräumt sei. Herr Stadtrat Dr. Hepting erkundigt sich nach dem Grund hierfür. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt, er könnte über die Hintergründe heute keine Ausführungen machen. Das Thema könnte aber noch einmal intern bewertet werden. Der Bürger hätte sich aufgrund der Doppelung der Tagesordnung des Technischen Ausschusses und der Tagesordnung für die Sitzung des Gemeinderates im Amtsblatt geirrt und die Tagesordnungen verwechselt. Herr Stadtrat Dr. Hepting betont, er möchte dieses Anliegen heute an die Verwaltung weitergeben.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

e) Bodenseegürtelbahn

Herr Stadtrat Holstein führt wörtlich aus: „Die Bodenseegürtelbahn, bei ihrer Einführung vor über hundert Jahren ein technischer Fortschritt für unsere Region, verkommt in den letzten Jahren Zusehens zu einem Problem. Die Benutzung ist vor allem zu den Stoßzeiten eine Zumutung. Es wird mittlerweile öffentlich geklagt über häufige Verspätungen, unangekündigte Zugausfälle, Platzmangel und defekte Waggon, deren Türen zum Beispiel über mehrere Tage hinweg defekt sind. Die langen Wartezeiten bei kurzzeit Minusgraden werden auch nicht durch einen offenen Unterstand auf dem windigen Bahnsteig erträglich. Aus den vorgenannten Gründen bitten die Freien Wähler Herrn Bürgermeister Riedmann zusammen mit den Bürgermeistern der Nachbargemeinden bei der Bahn und dem baden-Württembergischen Verkehrsminister zu intervenieren, damit die Bodenseegürtelbahn ohne übermäßige Verspätungen und dauernde Zugausfälle oder zu wenig Wagen oder defekten Wagen verkehrt. Vorarlberg und die Schweiz haben doch auch einen funktionierenden ÖPNV. Mit Plänen, wie kürzere Zeittakte, zwei Gleise usw. wird der zweite Schritt vor

dem ersten gemacht. Zuerst muss die jetzige Situation funktionieren. Für unsere Tourismusregion ist dieser öffentliche Nahverkehr eine extrem schlechte Visitenkarte.“ Herr Bürgermeister Riedmann erläutert, diese Thematik werde gerade sehr aktiv unter den Bürgermeistern des Bodenseekreises und dem Kreistag diskutiert. Es sei bereits ein Schreiben an den Verkehrsminister ausgearbeitet worden. Die von Herrn Stadtrat Holstein angesprochene Problematik werde in die weiteren Diskussionen mitgenommen. Eventuell könnte mit den Gemeinden, welche über einen eigenen Bahnhof verfügen, noch einmal ein Gespräch geführt werden. Die Kommunikation mit der Deutschen Bahn gestalte sich schwierig. Gelegentlich werde der Gemeinderat über die Situation im Landkreis unterrichtet.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

f) ZG Raiffeisen Markt Markdorf

Herr Stadtrat Bitzenhofer teilt mit, er habe in einem Presseartikel von der Standortschließung des ZG Raiffeisen Marktes in Markdorf gelesen. In der Presseerklärung hätte es geheißen, dass die Stadt durch Kündigung des Mietverhältnisses Mitschuld am Standortwechsel trage. Er bittet Herrn Bürgermeister Riedmann um Aufklärung der Situation. Der Vorsitzende erläutert, durch die Umsetzung des Bebauungsplanes Eisenbahnstraße könnte der ZG Raiffeisen Markt nach den Erschließungsmaßnahmen nicht mehr länger an seinem jetzigen Standort bleiben. Mit ZG sei bereits seit langem für einen künftigen Standort im östlichen Bereich des Gebietes ein großes Grundstück disponiert worden. Jetzt habe der Betriebsleiter der ZG bei der Stadt angerufen und mitgeteilt, dass aus betriebswirtschaftlichen Gründen ein Standortwechsel innerhalb Markdorfs nicht realisiert werden könnte und man sich entschlossen hätte, vom angebotenen Grundstück abzusehen. Der ZG Raiffeisen Markt plane einen Neubau mit Standort in Salem-Neufrach. Herr Bürgermeister Riedmann habe dem Betriebsleiter mitgeteilt, dass die Gewerbeflächen in Markdorf endlich seien und er sich noch einmal darüber Gedanken machen sollte. Der Betriebsleiter habe mitgeteilt, dass der Standortwechsel nach Salem-Neufrach aufgrund der betriebswirtschaftlichen Zahlen ausreichend sei.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

g) Antrag Freie Wähler auf Befahrung und Begutachtung der Rettungsstraßen und Wege durch die Freiwillige Feuerwehr Markdorf

Herr Stadtrat Neumann erkundigt sich nach dem Stand des im November 2016 gestellten Antrags der Freien Wähler auf Befahrung und Begutachtung der Rettungsstraßen und -wege durch die Freiwillige Feuerwehr Markdorf. Herr Bürgermeister Riedmann berichtet, aus der am 14. Dezember 2016 an den Gemeinderat ausgegebenen Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr sei ersichtlich, dass, wenn regelkonform geparkt werde, keine Probleme bei der Befahrung der Rettungsstraßen und -wege bestünde. Für eine weitere Ausarbeitung des Themas (z.B. bauliche Änderungen) müsste ein neuer Antrag von Seiten der Freien Wähler formuliert werden.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

h) Verkehrsführung Biberacherhofstraße/Hauptstraße

Herr Stadtrat Neumann berichtet, dass er immer wieder auf die Verkehrsregelung im Bereich der Ausfahrt aus der Biberacherhofstraße in die Hauptstraße angesprochen werde. Er bittet den Vorsitzenden um Information. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt, man werde im Protokoll nachschauen, was damals Herr Brugger (Amt für öffentliche Ordnung) zu dieser Verkehrsführung gesagt hatte. Der Gemeinderat werde in einer der nächsten Sitzungen darüber informiert.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

Damit schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 19:13 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführerin

Gemeinderat